

MANFRIED RAUCHENSTEINER

# UNTER BEOBACHTUNG

ÖSTERREICH SEIT 1918



böhlau

AKTUALISIERTE UND  
ERWEITERTE NEUAUFLAGE





Manfried Rauchensteiner

# UNTER BEOBACHTUNG

Österreich seit 1918

2. aktualisierte und erweiterte Auflage

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN

1. Auflage 2017

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2021 Böhlau Verlag, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe (Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich) Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Otto Dix, *An die Schönheit*, 1922 (Detail) © Bildrecht, Wien, 2021

Korrektur: Vera M. Schirl, Wien

Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien

Satz: Michael Rauscher, Wien

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-205-21268-3

## Inhalt

<b>Ein Motivenbericht . . . . .</b>	<b>9</b>
<b>1. Das Experiment . . . . .</b>	<b>13</b>
Der Auflösungsbescheid (16) Die deutschen Abgeordneten (18)	
<b>2. Die verhinderte Revolution . . . . .</b>	<b>25</b>
Ein Staat entsteht (28) Ein Kaiser zu viel (36) Umsturzversuche (38)	
<b>3. Saint-Germain: das Ende der Illusionen . . . . .</b>	<b>43</b>
Die Teile und das Ganze (45) Zeit der Ungewissheit (49) Der Moment der Wahrheit (52) Die Bilanz (57) Der Kampf um die Erinnerung (60)	
<b>4. Das Ende der Gemeinsamkeit . . . . .</b>	<b>67</b>
Eine Verfassung für acht Bundesländer (69) Sanierer am Werk (71) Die Völkerbundanleihe (75)	
<b>5. Die Aufmarschsaison . . . . .</b>	<b>79</b>
Der Paramilitarismus (81) Der latente Bürgerkrieg (86) Von Linz nach Schattendorf (87)	
<b>6. Bürgerkriegsszenarien . . . . .</b>	<b>93</b>
Der Tag von Wiener Neustadt (95) Ruhe vor dem Sturm (99) Eskalation der Gewalt (100) Zollunion (104) »Südosteuropa steht in Flammen« (106) Alle gegen alle (109) 84.000 Gewehre und 980 Maschinengewehre (111)	
<b>7. Das Trauma . . . . .</b>	<b>115</b>
Das Ende der parlamentarischen Demokratie (117) National contra vaterländisch (122) Die Rebellion der Unterdrückten (125)	

<b>8. Ständestaat ohne Stände</b> . . . . .	131
Die sogenannte Maiverfassung (134) Der Kanzlermord (136) Ein besseres Deutschland? (141) Alles auf eine Karte (148) Berchtesgaden (155)	
<b>9. Das Scheitern</b> . . . . .	161
Die Volksbefragung (163) Der Einmarsch (166) Nachruf auf einen Staat (169)	
<b>10. Die NS-Revolution</b> . . . . .	173
Die Volksabstimmung (175) Land Österreich (181) Die Kehrseite der Medaille (186) Volksgemeinschaft (192) Pflichtsoldaten (198) Der Lagerkomplex (200) Die Entgrenzung (204)	
<b>11. Der Abnützungskrieg</b> . . . . .	207
Die Princip-Tafel (210) Unternehmen »Barbarossa« (215) Das sogenannte Heimatkriegsgebiet (218) Partisanen (221) Die Schattenarmee (222) Der Vernichtungskrieg (225)	
<b>12. Zurück in die Zukunft</b> . . . . .	231
Die Moskauer Deklaration (234) Der Faktor Mensch (238) Kindersoldaten (240) In ihrem Lager war Österreich (242) Stichwort »Walküre« (245)	
<b>13. Schutt und Asche</b> . . . . .	249
Aufruf zum Mord (252)	
<b>14. Der Walzer der Freiheit</b> . . . . .	257
Die Schlacht um Wien (259) Renner, wer sonst (262) Blick nach vorn (270) Die Teile und das Ganze (277)	
<b>15. Gestrenge Herren</b> . . . . .	283
Die Not regiert (285) Re-Austrifizierung (290) Das Schlüsselgebiet (296) Teilungsgerüchte (302) Die »vierte Partei« (306) Der große Streik (309) Neuansatz (314)	
<b>16. Ein strahlender Frühlingstag</b> . . . . .	321
Gong zur letzten Runde (323) Schluss mit Jubel (327) Die Mühen der Ebene (333)	

<b>17. Zwischen den Blöcken</b> . . . . .	339
Ein Mythos entsteht (342) Das Ende der Fünfziger (344) Das »Unbehagen im Parteienstaat« (348) Das Jahrzehnt der Unzufriedenen (353) Die Ago- nie (358)	
<b>18. Der neue Stil der Sachlichkeit</b> . . . . .	365
Alleinregieren (368) Die anderen und wir (371) »Macht und Ohnmacht in Österreich« (376) Südtirol (380) Die Tschechenkrise (385) Bilanz der Sach- lichkeit (391)	
<b>19. Die Gegenerzählung</b> . . . . .	395
Lasst Kreisky und sein Team arbeiten (397) »Ich bin der Meinung« (405) Kärnten (409) Juden, Palästinenser und der Terror (413) Polarka (417) Die UNO in Wien (420) Oppositionelle Rezepte (423) »König Kreisky« (427) Von »Kronprinzen« und »Erbhofbauern« (431) Der »Alte« (437)	
<b>20. Der »Sündenfall«</b> . . . . .	443
Die Hainburger Au (445) Kurt Waldheim und die Watchlist (452)	
<b>21. Die Implosion im Osten</b> . . . . .	459
Hoffnung auf den ewigen Frieden (461) Entschlossenes Zuwarten (467) Der Gleichklang (472) Wir sind Europa (476) Ein Intermezzo (479) Tafel- silber (482)	
<b>22. Unter Beobachtung</b> . . . . .	489
Die »Sanktionen« (491) Die Donnerstagsdemonstrationen (497) Der Stö- renfried (504)	
<b>23. Der Rückfall</b> . . . . .	511
Die Ungeliebte (513) »Pummerin statt Muezzin« (515)	
<b>24. »Es reicht«</b> . . . . .	519
Ausverkauf (522) Verrat an Rot-Weiß-Rot? (525) Die Völkerwande- rung (535) Alles neu ... (539) Farbenspiele (545)	
<b>25. »Unter die Masken!«</b> . . . . .	553
Ibiza (555) Corona und die Welt von gestern (559)	
<b>Variationen über ein Thema: Danksagung</b> . . . . .	567



---

<b>Chronik Österreichs 1918–2021 . . . . .</b>	<b>571</b>
<b>Anmerkungen . . . . .</b>	<b>603</b>
<b>Bibliographie . . . . .</b>	<b>653</b>
<b>Personenregister. . . . .</b>	<b>673</b>

## Ein Motivenbericht

**O**tto Dix, einer der großen Maler und Grafiker des 20. Jahrhunderts, Hauptvertreter der »Neuen Sachlichkeit«, hat mir seine Augen geliehen. Sein Bild »An die Schönheit«, das dem Umschlag dieses Buchs Farbigkeit und Ausdruck gibt, ist auf einen Ausschnitt reduziert. Damit wird ihm eine Art Zwangsjacke angelegt, die eine Umdeutung ermöglicht. Was zählt sind die Augen, ist der strenge Blick eines Menschen, dem nichts zu entgehen scheint. Mag sein, dass der Blick auch so etwas wie Missbilligung ausdrückt. Es ist ein Selbstporträt. Die puppenhaft wirkende weibliche Gestalt im Hintergrund ist nicht nur Staffage, sondern sagt etwas Zusätzliches aus: Der Beobachter steht seinerseits unter Beobachtung. Verführung scheint im Spiel. Das Bild hat etwas Zeitloses. Und es ist nicht lokalisierbar.

Wie das Bild ist auch dieses Buch auf einen Ausschnitt reduziert. Es handelt von Österreich und es richtet seinen Blick auf ein mehr als einhundertjähriges Geschehen. Der gewollt strenge Blick, scheinbar von außen, ist gleichzeitig das eigene Spiegelbild. In dem Jahr, als Otto Dix »An die Schönheit« gemalt hat, 1922, drohte Österreich gerade unregierbar zu werden. Es taumelte zwischen Selbstaufgabe und Zukunftsvisionen hin und her und wurde mit Hilfe des Völkerbunds gerettet. Ein Konglomerat aus historischen Einheiten, das sich erst zu einer neuen Gemeinsamkeit finden musste, ging einer ungewissen Zukunft entgegen. Es war nicht mehr das, als das es der tschechische Historiker František Palacký 1848 bezeichnet hatte, etwas Unverzichtbares, eine europäische Notwendigkeit, sondern ein schwer zu definierender Rest. Österreich war von einer Unentbehrlichkeit zur Verlegenheit geworden. Vom ersten Tag an aber stand das Land unter Beobachtung. Und es waren nicht nur freundliche Blicke, mit denen auf Österreich gesehen wurde. Sorge, Argwohn, Mitleid, Misstrauen und Gier mischten sich mit Gleichgültigkeit, Zufriedenheit und Wohlwollen.

Es beobachteten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs, die anderen Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie und der Völkerbund. Aber es waren nicht nur die anderen, die beobachteten. Auch die eigenen Blicke spiegelten die ganze Palette von Empfindungen wider, die auch bei den näheren und fernerer Nachbarn festzustellen waren. Österreich war kein Land, in dem Selbstbestimmung großgeschrieben worden

wäre. Und auch der Selbstbehauptungswille kam erst spät auf. Die Verlegenheit blieb. Gewalt dominierte. Gerade in den Augen mancher Beobachter konnte man Zufriedenheit aufleuchten sehen, dass sich 1938 Stille über Österreich senkte. Dem folgte sieben Jahre später die reumütige Erkenntnis, dass man sich mit dem Verschwinden des einen Problems, Österreich, neue Probleme eingehandelt hatte. 1945 war es, als ob man den Reset-Knopf gedrückt hätte. Es war Vieles anders geworden. Österreich lag zwischen den Blöcken, sah sich selbst gern als Brücke und spielte eine Rolle. Es erfuhr eine neue Form der Beaufsichtigung, unmittelbarer als alles Vorangegangene, und tauchte schließlich in eine Zeit ein, in der sich allgemeine Zufriedenheit breitmachte. Das Land war über den Berg. Aus der Verlegenheit war plötzlich ein Stabilitätsfaktor geworden. Eines blieb freilich gleich: Jedes Mal, wenn sich in Österreich etwas tat, stand das Land unter Beobachtung. Und auch dann, wenn sich nichts tat. Immer wieder galt es als Problemzone, dann wieder als Sonderfall, als Musterschüler und gleich mehrfach als der böse Bube, dem man ganz genau auf die Finger schauen wollte.

Das alles lässt sich nicht gleichmäßig erzählen. Es kann auch gar nicht darum gehen, jedes Ereignis und alle handelnden Personen in sämtlichen erfahrbaren Einzelheiten zu beschreiben. Da und dort gilt es innezuhalten, um die Parallelität und das Fließen der Zeit als Erzählstrang zu nützen. Man kann nicht immer durch die Zeiten hetzen. Eines sollte jedenfalls erreicht werden: dass man die Geschichte eines Landes, das sich selbst manchmal nicht wichtig nimmt, als wichtig für die Gesamtentwicklung eines Kontinents versteht und sich selbst eingestehen kann, dass es eine spannende Geschichte ist. Sie wird denn auch nicht weniger interessant, wenn man einen größeren Zeitraum zu überblicken sucht. Manches wird dabei zutage zu fördern sein, das bekannt, anderes, das unbekannt ist, wo aber der Blick über die Jahre und Jahrzehnte Vergleichsmöglichkeiten bietet, die dazu einladen, immer wieder ins Grübeln zu geraten: War da nicht schon einmal etwas Ähnliches geschehen, sind Vorgänge oder auch Nicht-Vorgänge so ungewöhnlich, dass sich dazu keine Präzedenzfälle finden lassen? Meist finden sich welche. Und es wird um die alte und immer wieder inspirierende Frage gehen: Was wäre gewesen, wenn? – Wenn z. B. Ignaz Seipel dem Ansinnen bayrischer Stellen entsprochen und Adolf Hitler 1924 wieder die österreichische Staatsbürgerschaft verliehen hätte, wenn die Dollfuß-Attentäter danebengeschossen, sich die Alliierten in Moskau 1943 auf die Aufteilung Österreichs verständigt, die Sowjets, wie von Marschall Žukov 1956 gewünscht, Ostösterreich wiederbesetzt hätten, oder Jörg Haider 2008 nicht tödlich verunglückt wäre ... Es gilt nicht, das Unmögliche zu denken, sondern das Mögliche. Das ist auch eine Einladung, das Vergängliche zu sehen.

Bei einem Gang durch die Geschichte kommt man an vielen Schauplätzen vorbei. Sie bieten sich mit einer nicht enden wollenden Bereitwilligkeit an. Man kann in der Villa des Senators Giusti bei Padua genauso Station machen wie in Saint-Germain, Genf, Berlin, Berchtesgaden, Ödenburg/Sopron, Kragujevac, Stalingrad/Wolgograd

oder Prag. Österreichische Geschichte wurde in London, Moskau, Paris und Washington geschrieben und hat auch dort Spuren hinterlassen und Erinnerungsorte geschaffen. Letztlich gibt es keine Stelle, die nicht eine Erzählung bergen würde, kein Denkmal, keinen Friedhof, ja nicht einmal einen Acker oder eine Wiese, die nicht mit einem Ereignis oder einer Person in Verbindung gebracht werden könnten.

Häufig geben die Steine und Fluren wohl nur jenen ihre Geschichte preis, die dort wohnen und sich vom »Moos auf den Steinen« (Gerhard Fritsch), den Lichtungen und Furchen ebenso angesprochen sehen wie jene anderen, die sich von Baudenkmälern, Statuen oder auch »Stolpersteinen« zum Nachdenken einladen lassen und sich der bekannten Erzählformel von: »Es war einmal ...« bedienen möchten.

Es gibt auch keinen Ort, von dem sich sagen ließe, dass an ihm Geschehnisse gleichmäßig verlaufen wären. Und es gibt keinen Friedhof, auf dem nicht jene, die man als die »Guten« und jene anderen, die man als die »Schlechten« wahrgenommen hat, nebeneinander liegen würden. Gerade Friedhöfe sind zutiefst demokratische Gedächtnisorte, denn für sie gilt in besonderem Maße die von Gilbert Keith Chesterton angebotene Interpretation von Tradition, bei der »der obskurensten aller Gesellschaftsklassen« das Stimmrecht verliehen wird – unseren Vorfahren. (Chesterton, Moral des Märchenreiches).

2017 erschien die erste Auflage des vorliegenden Buchs. Nicht nur der Lauf der Zeit, sondern auch eine Häufung von nicht zu erwarten gewesenen Ereignissen haben es mit sich gebracht, dass ich der Einladung des Böhlau Verlags gefolgt bin und mich an die Überarbeitung des Seinerzeitigen gemacht habe. Es waren dabei nicht nur die innenpolitischen Vorgänge, denen dabei Aufmerksamkeit zu schenken war, sondern auch die internationale Entwicklung und schließlich jene Pandemie, die seit dem Spätwinter 2020 als COVID-19 oder schlicht »Corona«-Pandemie das Leben einer Unzahl von Menschen beherrscht. Immer wieder war auch etwas neu, aufregend und jedenfalls berichtenswert. Ebenso aber drängten sich immer wieder Vergleiche auf und forderten zu Fragen heraus: Ähnelt Corona der sogenannten Spanischen Grippe von 1918–1920? Ist das Scheitern einer Regierung, sind Skandale, ist Korruption etwas, das einem bestimmten Muster folgt und den Schluss zulässt: Das hat es doch schon immer – wenngleich in anderer Form – gegeben. Der Blick auf die Regierenden ist immer lohnend, auch wenn er die Gefahr der Einseitigkeit birgt. In der Ersten Republik gab es schon eine 24-Stunden-Regierung, und die Durchschnittsdauer einer Legislaturperiode betrug zwischen 1918 und 1933 rund eineinhalb Jahre. Die Nutzbarmachung einer politischen Funktion zum Zweck der persönlichen Bereicherung wäre auch an vielen Beispielen festzumachen. Immer wieder gab es Skandale. Manches wurde auch zum Skandal erklärt, weil die Jagd nach Sensationen in der menschlichen Natur und im Bestreben gelegen ist, jegliches Geschehen als neu, noch nie dagewesen, wohl aber für die jeweilige Jetztzeit charakteristisch sehen zu wollen. Dem kann man sich mit an

Otto Dix erinnernden Zynismus hingeben, oder aber versuchen, sich eine dem Moment verpflichteten Sichtweise nur so lange hinzugeben, bis sich größere Zusammenhänge auftun. Tatsächlich ist auch nicht alles neu, nur weil es äußerlich dem schon Dagewesenen ähnelt, doch die handelnden Personen sind andere und die Auswirkungen jeglichen Handelns erfordern Differenzierung.

Etwas, das ich verschwiegen habe, das aber anhand meines Geburtsjahrs leicht nachzulesen wäre, ist die nicht zu verleugnende Tatsache, dass ich die gesamte Zweite Republik erlebt und mich daher unweigerlich auch mit ihrer, weil letztlich meiner Geschichte beschäftigt habe. Einmal mehr, einmal weniger. Es ist daher auch ein persönliches Buch, in das nicht nur mein historisches Urteil, sondern auch manches einfließen sollte, an dem ich so oder so Anteil gehabt habe. Es waren das – um aus Peter Handkes Nobelpreisrede vom 7. Dezember 2019 zu zitieren – »Ein-Mann-Exkursionen«, bei denen ich viel erfahren und gelernt habe. Bei der Gelegenheit ließ sich dann auch die beschämende Feststellung treffen, wie viel ich auch schon wieder vergessen habe. Nichtsdestoweniger: Begegnungen mit Politikern, Künstlern, Geistlichen, Freunden, Denkern und Nicht-Denkern haben dazu beigetragen, nicht nur ein Weltbild, sondern auch eine Art persönliche Rahmenhandlung entstehen zu lassen. Die Triebfeder hinter allem war natürlich eine der Grundvoraussetzungen für jegliche historische Arbeit: Die Neugierde. Die selbst auferlegte Beschränkung, die hoffentlich nicht zu spüren ist, rührt von einer für Historiker letztlich unverzichtbaren Sorgfalt her, ebenso wie aus dem Widerstreben, alles was man im Laufe der Arbeit an einem Thema erfahren hat, auch in seine Arbeit einfließen zu lassen.

Gegen Ende wird die Erzählung langsamer, tastender. Am Bewusstsein, beobachtet zu werden, wird sich nichts ändern. Ebenso wenig an der Notwendigkeit, sich selbst ein Urteil zu bilden. Es ist ja noch nichts abgeschlossen; es ist im Fluss. Im altbekannten Strom der Zeit.

Wien im Juni 2021





# 1 Das Experiment

- 1 Der in der Villa des Senators Giusti del Giardino in der Nähe von Padova (Padua) am 3. November 1918 abgeschlossene Waffenstillstand beendete Österreich-Ungarns letzten Krieg. Über 300.000 Soldaten der k. u. k. Armee traten den Weg in italienische Kriegsgefangenschaft an. Für die meisten dauerte die Gefangenschaft nicht lange. Doch ein Teil der Kriegsgefangenen blieb bis 1921 in italienischen Lagern. Wann immer die Soldaten des Weltkriegs zurückkamen, trugen sie die Erinnerung an den Krieg mit sich. Erst nach und nach ließen sich ungefähre Zahlen über Tote, Verwundete und Vermisste nennen, die das Ausmaß der Katastrophe des Weltkriegs deutlich machten. (Foto: Österreichisches Staatsarchiv/Kriegsarchiv)

**D**ie Schlangen vor den Geschäften wurden immer länger. 1918, im fünften Kriegsjahr, litt man in Österreich-Ungarn Hunger. In unregelmäßigen Abständen wurden in den größeren Orten Plakate angeschlagen, auf denen zum Sammeln von Brennesselblättern für die Textilerzeugung, Kaffeesatz zur Ölgewinnung oder Maikäfern als Hühner- und Schweinefutter aufgerufen wurde. Wenn es ausnahmsweise Kohle gab, wurde das ebenso bekannt gegeben, wie die Abgabe von Kartoffeln, Mehl und Milch. Für Kriegsblinde, Kriegsinvaliden, Militär-Witwen und Waisen und Dutzende Gruppen Not leidender Menschen wurde um Spenden gebeten. Die Bauern stellten Flurwachen auf, um zu verhindern, dass Erdäpfel und Rüben von den Feldern gestohlen wurden. Die noch im Dezember 1917 vorherrschende Zuversicht, dass der Krieg bald zu Ende gehen würde, wich schon im Januar einer allgemeinen Enttäuschung. In einigen großen Städten und Industriezentren der Habsburgermonarchie wurde der Krieg bestreikt. Dann ging man wieder an die Arbeit, schöpfte kurz neue Hoffnung und sah sich abermals getäuscht.

Die Not rührte aber nicht nur vom Hunger her. Die meisten Menschen hatten nicht nur nichts mehr zu essen, sondern kaum noch Hoffnung und keine Perspektive. Man wusste nicht, ob Österreich-Ungarn bestehen bleiben würde oder ob es der Auflösung entgegenging. Ja, man wusste häufig nicht einmal mehr, was man sich wünschen sollte. Die Rede des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson im Washingtoner Kongress am 8. Januar 1918 hatte alles nur noch schwieriger gemacht. Wilson hatte bei der Bekanntgabe seiner 14 Punkte als Punkt 10 genannt: »Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden.« Damit war die Selbstbestimmung ein besonderes Thema geworden, das von allen Kriegführenden aufgegriffen wurde. Die elf Nationalitäten der Habsburgermonarchie machten da keine Ausnahme. War nur zu fragen: Galt das für alle Völker?

Zwischen 13. und 15. Juni 1918 traten die österreichisch-ungarischen Truppen von den Dolomiten bis zur Adria zu ihrer letzten Offensive an. Die Alliierten wussten über den Zeitpunkt des Angriffs Bescheid und hatten keine Mühe, die anrennenden Armeen abzuwehren. Ab Ende Juni war Österreich-Ungarn als Gegner unwichtig geworden. Jetzt entfiel sogar die Notwendigkeit, amerikanische Truppenverbände nach Italien zu bringen. Diese wurden daher nach Frankreich geschickt. Noch hielt die Disziplin bei den Fronttruppen der k.u.k. Armee, doch sie nahm von Tag zu Tag ab. Und Abneigung und der immer häufiger aufbrandende, lang aufgestaute Hass der Völker der Habsburgermonarchie aufeinander griffen immer weiter um sich. Angesichts der tristen



Situation an der Front und im Hinterland versuchte Kaiser Karl I. (in Ungarn König Karl IV.) noch im letzten Augenblick eine Lösung zu finden, die den Bestand seines Reiches sichern sollte. Die Reaktion des Slowenen Anton Korošec: »Majestät, es ist zu spät«, sagte aber schon alles aus.<sup>1</sup> Der Kaiser wollte am 14. September einen einseitigen Friedensschritt setzen. Die Alliierten reagierten nur mit der Feststellung, dass sich zuerst das mit Österreich-Ungarn verbündete Deutschland ergeben müsse, dann könne man auf die Wünsche Kaiser Karls eingehen. Wieder war man um eine Hoffnung ärmer.

### Der Auflösungsbescheid

Einen Monat später, am 16. Oktober 1918, erließ Kaiser Karl ein Völckermanifest, wonach Österreich-Ungarn als ein Bund freier Nationen fortbestehen sollte.<sup>2</sup> Die ungarische Regierung hatte es allerdings zu verhindern gewusst, dass das Manifest auch für die Länder der Heiligen Stephanskronen galt. Doch auch Ungarn konnte sich der unausweichlichen Fragmentierung des Reichs nicht entziehen. Die Reaktionen auf das Manifest zeigten aber wie die Worte des Slowenen Korošec, dass es zu spät kam. Es wurde als Freibrief, eine Art Auflösungsbescheid gesehen, dass alle Völker der Habsburgermonarchie ihrer Wege gehen konnten. Und die Feindmächte taten alles, um den Zerfall zu fördern. Am 24. Oktober trat die italienische Armee gemeinsam mit britischen und französischen Truppen zu einer letzten Offensive an. Es war der Jahrestag des größten Siegs österreichisch-ungarischer und deutscher Truppen über die Italiener ein Jahr zuvor. An einen Gegenangriff war nicht mehr zu denken. Nach zwei Tagen begann sich die Front aufzulösen.<sup>3</sup> Einer der letzten regulären Urlauber, der nach dem Norden fuhr, war der Kaiserschützen-Oberleutnant Engelbert Dollfuß. Er nächtigte in Trient im selben Hotel wie eine vorsorglich nach Südtirol geschickte Waffenstillstandskommission, die seit Anfang Oktober darauf wartete, Kontakt mit den Italienern aufzunehmen. Eine fast schicksalshafte Begegnung von Vergangenen und Zukünftigen. Endlich fasste Kaiser Karl den lange hinausgeschobenen Entschluss, ohne Rücksichtnahme auf Deutschland um Waffenstillstand oder Sonderfrieden zu bitten. Der Minister des Äußern, Gyula Graf Andrássy, erklärte das Bündnis mit Deutschland für beendet. Österreich-Ungarn konnte gar nicht anders, als eigenständig zu handeln. Es war ohnedies viel zu spät, und die Frage, ob die k.u.k. Armee nicht hätte weiterkämpfen können, stellte sich ganz einfach nicht. Der Leiter der österreichisch-ungarischen Waffenstillstandskommission in Trient, General Viktor von Weber, wurde instruiert, dass er ermächtigt sei, einen Waffenstillstand abzuschließen. Er durfte alle Bedingungen akzeptieren, außer solchen, die die Ehre der Armee nicht zuließen oder auf eine totale Entrechtung hinausliefen.

Die österreichische Kommission wurde in die Villa des Senators Giusti del Giardino in der Nähe von Padua, das Gästehaus der italienischen Heeresleitung gebracht. In der

Nacht zum 2. November wurden die vom Alliierten Obersten Kriegsrat in Paris ausgearbeiteten Forderungen übergeben. Sie liefen auf eine bedingungslose Kapitulation hinaus und ließen keinerlei Kompromissbereitschaft erkennen. Die Habsburgermonarchie sollte zertrümmert werden, sofern sie sich nicht von selbst auflöste. Es gab zwar auch bei den Siegermächten Stimmen, die für den Erhalt der Monarchie eintraten, aber die Entente hatte alles getan, um die Auflösung zu betreiben und hatte Nord- und Südslawen signalisiert, dass sie als Kriegführende auf Seite der Entente anerkannt wurden. Italien selbst stand ohnedies seit 1915 im Lager der Alliierten. Somit waren alle Überlegungen, eine verkleinerte Habsburgermonarchie zumindest als Rumpfstaat erhalten zu wollen, mehr oder weniger hinfällig. Und nachdem am 30. Oktober auch die Realunion zwischen Österreich und Ungarn aufgelöst worden war, blieb vom Reich nichts mehr übrig außer der Erinnerung.

Eine halbe Stunde vor Mitternacht des 2. November ermächtigte Kaiser Karl General von Weber den Waffenstillstand abzuschließen. Gleichzeitig gab der Monarch den Oberbefehl über seine Truppen an Feldmarschall Hermann Kövess von Kövessháza ab. Im Waffenstillstandsvertrag wurde gefordert:

1. Sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten zu Wasser, zu Land und in der Luft.
2. Vollständige Demobilisierung Österreich-Ungarns und Rücknahme aller Truppen.
3. Räumung aller seit 1914 besetzten Gebiete.
4. Bewegungsfreiheit für alliierte Truppen auf dem ganzen Gebiet der Habsburgermonarchie.
5. Abzug aller deutschen Truppen aus Italien und von der Balkanfront innerhalb von 15 Tagen.
6. Sofortige Heimsendung aller Kriegsgefangenen und Internierten.<sup>4</sup>

Es gab auch eigene Bestimmungen für die Flotte, doch diese war von Kaiser Karl auf Vorschlag des letzten Flottenkommandanten, Vizeadmiral Miklós von Horthy, schon am 31. Oktober dem Nationalrat in Agram (Zagreb) übergeben worden. Die Alliierten mussten also untereinander ausmachen, was mit der Flotte zu geschehen hatte. Italien schuf insofern vollendete Tatsachen, als es das Flottenflaggenschiff der k.u.k. Kriegsmarine, die »Viribus unitis«, in der Bucht von Pola (Pula) durch Haftminen versenkte. Das Großkampfschiff sollte nicht in südslawische Hände fallen. Und dann war da noch eine besondere Ungenauigkeit im Waffenstillstandsvertrag: Es wurde wiederholt von Österreich-Ungarn und dessen Territorium gesprochen, doch in den Detailvereinbarungen kam eigentlich nur die italienische Front vor. Von Serbien oder Rumänien war nicht die Rede, und schon gar nicht von Russland oder der Ukraine. Für Letztere wurden wohl die im März 1918 geschlossenen Friedensverträge von Brest-Litovsk und Bukarest als gültig angesehen. Was im Osten und Südosten sein würde, war daher in der Villa Giusti zum wenigsten thematisiert worden.

Das k.u.k. Armeekommando befahl den österreichisch-ungarischen Truppen am frühen Morgen des 3. November 1918 die Einstellung der Kämpfe, bevor noch der Waffenstillstandsvertrag unterschrieben war. Ob das voreilig oder nachlässig war, ist bis heute umstritten. Über 300.000 österreichisch-ungarische Soldaten gerieten in italienische Gefangenschaft. Am 3. November 1918, um 15 Uhr, wurde das Waffenstillstandsdokument unterzeichnet. 24 Stunden später trat die Waffenruhe in Kraft. Der Krieg hinkte der politischen Entwicklung um Tage nach.

### Die deutschen Abgeordneten

Am 21. Oktober waren im Niederösterreichischen Landhaus, heute: Palais Niederösterreich in der Wiener Herrngasse die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats zusammengekommen und sprachen darüber, was sein würde, sollte die Habsburgermonarchie tatsächlich zerfallen. Sie waren schon vorsorglich am 17. Oktober zu dieser Sitzung eingeladen worden<sup>5</sup> und hielten sich an die im »Völkermanifest« genannten Vorgaben. 106 Deutschnationale verschiedener Parteien, 65 Christlich-soziale und 38 Sozialdemokraten sowie ein Freisozialist,<sup>6</sup> darunter auch Abgeordnete aus Böhmen, Mähren und Schlesien, zogen die Konsequenzen aus der ausweglosen Situation des Reichs und suchten einen Minimalkonsens. Schon Anfang des Monats hatte es einzelne Vorstöße gegeben, um einmal auszuloten, welche Möglichkeiten es nach dem absehbaren Ende des Kriegs und dem wahrscheinlichen Zerfall der Monarchie geben könnte. Vertreter der beiden Massenparteien, der Christlichsozialen und der Sozialdemokraten, hatten dabei zwei Szenarien skizziert: Es könnte im Fall der Auflösung der Monarchie zur Bildung eines losen Staatenbundes kommen, oder aber zum Anschluss der deutschen Gebiete der Habsburgermonarchie an Deutschland. Letzteres konnte man durchaus als Drohung verstehen. Wenn nämlich die anderen, die Polen, Tschechen, Ungarn, Rumänen, Italiener und Südslawen, keine Verbindung mehr halten wollten, dann würde es eben ein um die deutschen Gebiete Österreich-Ungarns vergrößertes Deutschland geben. Auch der Begriff Deutschösterreich wurde schon gebraucht.<sup>7</sup>

Vorderhand konstituierten sich die deutschen Abgeordneten am 21. Oktober als Provisorische Nationalversammlung. Es war ein Schritt, der zwischen Resignation, Verzweiflung und Hoffnung angesiedelt war. Der Vorsitzende des Gremiums, Viktor Waldner, begann mit der Anrede: »Werte Volksgenossen« und stellte die Intention der Zusammenkunft dar. Seine Rede und die Beiträge der Abgeordneten wurden immer wieder von Händeklatschen und Heilrufen unterbrochen, wie im Protokoll der Versammlung festgehalten wurde. »Heil« war überhaupt das häufigste Wort der Zustimmung. Als Kern einer zukünftigen deutschösterreichischen Regierung wurde ein

Vollzugausschuss gewählt. Andere Ausschüsse folgten. Provisorischer Staatskanzler sollte der Bibliotheksdirektor des Reichsrats, Karl Renner, werden, obwohl nicht davon auszugehen war, dass seine Sozialdemokraten die stärkste politische Kraft sein würden. Doch sie hatten ein klares Ziel vor Augen: Das Ende der Monarchie.<sup>8</sup> An ein Abgleiten in die Isolation dachte niemand, und der Führer der österreichischen Sozialdemokraten, der Abgeordnete Viktor Adler, merkte an: Wenn die anderen Staaten, die romanischen und slawischen, denen er zu ihrer Unabhängigkeit gratuliere, sich nicht mit Österreich vereinen wollten, dann würde sich Österreich als ein Sonderbundstaat dem Deutschen Reich angliedern. Das wurde zum Antrag erhoben. Die nächste Sitzung wurde für den 30. Oktober anberaumt. In den neun Tagen bis dahin schrieb Renner einen Verfassungsentwurf, in dem weiterhin offenblieb, was das für ein Staatswesen sein sollte, das es aus der Taufe zu heben galt. Es konnte eine Monarchie oder eine Republik sein, unabhängig oder Teil eines neuen Ganzen.

Am 30. Oktober war es dann tatsächlich so weit: Die Provisorische Nationalversammlung fasste den Beschluss zur Gründung des Staates Deutschösterreich. Die deutschen Abgeordneten waren die letzten, die sich vom Reich lossagten. Sie befürchteten wohl, dass der Frieden seinen Preis haben würde, und dass die meisten Nationalitäten den beiden bis dahin dominanten Völkern des Reichs, den Deutschen der Habsburgermonarchie und den Ungarn, die Schuld am Krieg aber auch an den Fehlern anlasten würden, die unter den Regierungen der Kaiser Franz Joseph I. und Karl I. begangen worden waren. Versuche von Kaiser Karl, die Verantwortung für Vergangenes und Zukünftiges mit Vertretern der politischen Parteien zu teilen, waren gescheitert. Vor allem die sozialdemokratischen Politiker weigerten sich strikt, Regierungsverantwortung in einem kaiserlichen Kabinett zu übernehmen. Karl Renner hätte das zwar ohne weiteres getan, aber seine Partei wollte eine Art »politische Unschuld« signalisieren,<sup>9</sup> um unbelastet einen Neubeginn zu versuchen. Also wurde der Pazifist und international angesehene Völkerrechtler Heinrich Lammasch letzter kaiserlich-österreichischer Ministerpräsident. Er konnte aber nur mehr zusehen, wie ein Reich, das auch seines war, liquidiert wurde.

Der Staatsrat Deutschösterreichs tat alles, um deutlich zu machen, dass er mit der Vergangenheit nicht in Verbindung gebracht werden wollte. Also weigerten sich seine Vertreter auch konsequent, am Abschluss des Waffenstillstands mitzuwirken. Es war ja nicht der Krieg Deutschösterreichs gewesen, daher solle jener »Faktor«, der den Krieg erklärt hatte, den auch beenden. Kaiser Karl konnte darauf nur erwidern, dass auch er nicht jener Faktor gewesen sei, doch er musste trachten, zumindest die Waffenstreckung noch als souveränen Akt erscheinen zu lassen.

Deutschland wollte Deutschösterreich anerkennen. Für die Feinde Österreich-Ungarns war das ein irrelevanter Vorgang, denn sie befanden sich noch im Krieg mit der Habsburgermonarchie und brauchten einen Gegner und keine Neuschöpfung, um ei-

nen Frieden diktieren zu können.<sup>10</sup> In Russland, das seit zehn Monaten nicht mehr zu den Feindstaaten zählte, sah man das ganz anders und rief zu einer Kundgebung »zu Ehren der österreichisch-ungarischen Revolution« auf.<sup>11</sup> Lenin hielt eine umjubelte Ansprache und sah den österreichischen Weg als eine nächste Station auf dem Weg zur Weltrevolution. Davon konnte in Wien aber keine Rede sein. Alles ging seinen geordneten Weg.

Um der Notwendigkeit zu entgehen, ein Staatsoberhaupt zu wählen, gewissermaßen einen »Gegenkaiser«, und weil man auch noch nicht absehen konnte, ob und wie Kaiser Karl das Ende der Monarchie besiegen würde, behalf sich die Provisorische Nationalversammlung mit einem besonders mühsamen Konstrukt: Es wurden drei Präsidenten gewählt, eigentlich bestimmt, von denen einer den Vorsitz in der Nationalversammlung führen, der andere Vorsitzender des Staatsrats und der dritte Vorsitzender des Kabinettsrats sein sollte. Die drei hatten sich wöchentlich in ihren Funktionen abzulösen. Aber es sollte ja nur ein Provisorium sein, so wie zunächst alles provisorisch war.

Nachdem der Staatsgründungsakt gesetzt worden war, wurden – wie es sich gehört – Ansprachen gehalten. Draußen, in der Herrengasse, standen die Menschen Kopf an Kopf. Mehrheitlich wurde gejubelt und »Heil« gerufen. Man sah schwarz-rot-goldene und rote Fahnen. Ein wenig wurde randaliert. Der Kaiser blieb unerwähnt.

Man lebte in einer Art Schwebezustand. Während sich eine neue Staatlichkeit herausbildete und Parallelinstitutionen zu den kaiserlichen Ministerien ihre Arbeit aufnahmen, taten diese so, als ob sie weiter funktionieren würden. In der Wiener Herrengasse Nr. 7 amtierte der k. k. Ministerpräsident Heinrich Lammasch und suchte ebenso wie die auf die Reichs-Haupt- und Residenzstadt verteilten kaiserlich-königlichen Ministerien der österreichischen Reichshälfte etwas zu verwalten, das es nicht mehr gab. Einige Häuser weiter entfaltete der deutschösterreichische Staatsrat seine Tätigkeit. Es gab auch noch immer die drei gemeinsamen Ministerien Österreich-Ungarns, die sich für die Außenbeziehungen, Krieg und Finanzen der Habsburgermonarchie zuständig sahen und deren Chefs sich auf dem Ballhausplatz im Ministerium des Äußern trafen. Nicht zu vergessen der im Parlamentsgebäude an der Ringstraße untergebrachte Reichsrat, der zwar vertagt worden war, dessen Beamte aber in den Büros saßen, die ihnen einmal zugewiesen worden waren und in die nun die Mitarbeiter der Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs hineindrängten.

Am Anfang des neuen österreichischen Staatswesens stand der Irrtum. Man hatte das Kriegsende nicht für den November 1918, sondern für das Frühjahr 1919 erwartet. Es sollte anders kommen. Kaiser Karl hatte sich erhofft, dass Österreich-Ungarn irgendeine Art von Gemeinsamkeit, am besten in Form eines Staatenbundes beibehalten würde – er irrte. Die deutschen Abgeordneten des österreichischen Reichsrats befürchteten das totale Chaos im Augenblick des Auseinanderbrechens des alten Staatswesens und suchten nacheinander bei der k.u.k. Armeeführung, bei den Siegermächten und

vor allem bei der deutschen Reichsführung Rat und Hilfe. Alle erklärten sich für nicht zuständig. Der nächste und fundamentalste Irrtum war wohl der, dass sich die deutschen Österreicher der Habsburgermonarchie der Illusion hingaben, ihr Staat würde so klein nicht sein. Das wurde am 21. Oktober so locker hingesagt und fand sich neun Tage später im (ersten) Staatsgrundgesetz. Da wurde dann aufgezählt, auf welche Gebiete ein deutsches Österreich Anspruch erhob: Deutsch Böhmen, Deutsch Südböhmen (Böhmerwaldgau), Deutsch Südmähren, das deutsche Gebiet um Neubistritz (Nová Bystrice), das Sudetenland sowie die deutschen Sprachinseln Brünn (Brno), Iglau (Jihlava) und Olmütz (Olomouc). Zudem, so hieß es in der »Staatserklärung« vom 21. Oktober, sei auch das bisher zu Ungarn gehörende, an Deutschösterreich angrenzende geschlossene deutsche Siedlungsgebiet »dem deutschösterreichischen Staate einzuverleiben«.<sup>12</sup>

Diese zwar zum wenigsten zusammenhängende, jedoch nennenswerte Landmasse würde jedenfalls genügend Ressourcen besitzen, um sich zu einem geordneten Staatswesen auszuwachsen. Und was die anderen Völker des zerfallenen Reichs anlangte, würden diese nach der Loslösung doch irgendeine Art Gemeinsamkeit suchen. – Auch das erwies sich als falsch. Wie selbstverständlich machte man sich Gedanken über die Zukunft und hätte Vergangenes gern ungeschehen gemacht. Ein wenig verdrängen ließ es sich jedenfalls. Es war daher zum wenigsten der Fall, dass man sich selbstkritisch die Frage stellte, ob nicht gerade Österreich ein höheres Maß an Verantwortung für das Geschehene zu tragen hätte als andere. Und es waren wohl auch nur wenige, die dann so wie der Chefredakteur der »Arbeiter-Zeitung«, Friedrich Austerlitz, am 5. November 1918 die rhetorische klingende Frage nach dem »verdienten Schicksal« zum Thema eines Leitartikels machten. Es waren ja nicht nur die Siegermächte, die Österreich und Ungarn eine historische Schuld aufhalsen wollten, sondern auch jene, die sich als »unterdrückte Nationen« sahen. Letztlich hatten zwar auch sie ihren Anteil am Geschehen, an den Erfolgen wie an den Misserfolgen, bis hin zum Zerfall der Habsburgermonarchie. Doch sie sahen die Schuld ausschließlich bei den deutschen Österreichern und den Ungarn. Diese sollte denn auch das »verdiente Schicksal« ereilen.

Wer aber waren »die« Österreicher, und wo war ihr Platz im Nachkriegseuropa? Sollte nicht auch für sie gelten, was Präsident Wilson mit dem Selbststimmungsrecht der Völker gemeint hatte? Keiner wusste es noch genau. Einiges sprach dafür, dem aus dem Zerfall der Habsburgermonarchie hervorgegangenen Gebilde, dem »Rest«, wie das der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau dann so kurz und treffend formuliert haben soll,<sup>13</sup> dieselbe Stellung einzuräumen wie den nicht-deutschen und nicht-ungarischen Teilen des Reichs, die dann eben Nachfolgestaaten waren. Doch dagegen sprach nicht zuletzt das Selbstwertgefühl, das gerade den deutschen Österreichern eigen war. Man sah sich nicht als »Rest«. Das Habsburgerreich war doch letztlich aus den deutschen Kern- oder Erblanden hervorgegangen, hatte eine höhere Verantwortung aber auch Last als andere zu tragen gehabt, war immer im Zentrum gestanden



und hatte sich mit dem Reich in einem weit höheren Maß identifiziert als die anderen Teile der Habsburgermonarchie. Was aber war nun Österreich wirklich?

Weitgehend einig war man sich darüber, dass Deutschösterreich (Südostdeutschland, wie es gelegentlich auch genannt wurde, wollte man sich nicht zu Wortgebilden wie »Ostsass«, »Donau-Germanien«, »Treuland« oder »Teutheim« versteigen),<sup>14</sup> eine demokratische Republik werden sollte. Voraussetzung dafür wären eine bürgerliche Ordnung und ein den westlichen Demokratien vergleichbares politisches System. Und noch etwas: Aus der »Schützengrabengemeinschaft« von Deutschen und Österreichern, wie sie Karl Renner bezeichnet hatte,<sup>15</sup> sollte ein mitteleuropäisches Staatswesen werden, das seine Zukunft selbst gestalten konnte. Dass das im Einklang mit Deutschland geschehen würde, wurde vorausgesetzt. Einige Tage hindurch wusste man im November 1918 freilich nicht, ob sich die Staatsformen in Einklang bringen lassen würden, denn während Deutschösterreich schon ein klares Bekenntnis zur demokratischen Republik abgelegt hatte, war Deutschland noch ein Kaiserreich. Erst einige Tage später ließ sich feststellen, dass es die notwendige Übereinstimmung gab. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. floh in die Niederlande und machte den Weg für eine deutsche Republik frei. Philipp Scheidemann proklamierte sie am 9. November in Berlin. Jetzt war es wieder Österreich, das nachziehen und den letzten entscheidenden Schritt in Richtung Republik machen musste.

Zunächst ging es dabei um die Person von Kaiser Karl. Er kämpfte um den Erhalt eines Rests von Macht, doch er hatte keine Machtmittel mehr. Bis zuletzt hatte er noch geglaubt, dass es für ihn wie für das Habsburgerreich noch eine gemeinsame Zukunft geben würde. »Es wird doch gehen«, hatte er noch Ende Oktober zum Generalrat der österreichisch-ungarischen Bank, Michael Hainisch, gemeint.<sup>16</sup> Der Kaiser hatte auch eine Vorleistung erbracht, die ihn sogar für die Radikalen akzeptabel machen sollte: Am 6. November begnadigte er Friedrich Adler, den Sohn des Vorsitzenden der Sozialdemokraten, der nach dem Mord am österreichischen Ministerpräsident Karl Graf Stürgkh 1916 zum Tod verurteilt und dann zu lebenslanger Haft begnadigt worden war. Sollte Karl gehofft haben, sich mit der Freilassung Friedrich Adlers irgendeine Gegenleistung verdient zu haben, hatte er sich geirrt. Noch wollte man ihn aber nicht einfach ignorieren. Trotz seines Unvermögens, Österreich anders als im Wege einer bedingungslosen Kapitulation und als zerschmettertes Staatswesen aus dem Krieg zu führen, galt noch immer ein hohes Maß an Loyalität und Respekt dem Monarchen gegenüber. Und vielleicht wollten die Alliierten doch eher mit ihm als mit Vertretern der Neuschöpfung Deutschösterreich verhandeln. Als politischer Faktor sollte der Monarch freilich ausgeschaltet werden, sonst würde das Wort von der demokratischen Republik keine Geltung erhalten.

Nach längerem Zögern und vielen Einwänden willigte der Kaiser am 11. November ein, einen Verzicht auf die Teilnahme am politischen Geschehen Deutschösterreichs auszusprechen. »Ich verzichte auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften«, hieß es in dem im Juli 1927 verbrannten Dokument. Der Kaiser wurde also nicht abge-

setzt und des Landes verwiesen, er dankte auch nicht ab, sondern wurde auf eine sehr moderate Art aus dem Geschehen ausgeblendet. Er entthob noch die letzte kaiserliche Regierung ihres Amts, verließ Schönbrunn und übersiedelte in das Marchfeld, um in Schloss Eckartsau die weitere Entwicklung abzuwarten. Dort unterschrieb er am 13. November eine ähnliche Verzichtserklärung für Ungarn, wie er sie zwei Tage zuvor für Österreich akzeptiert hatte.

Da fortan der Kaiser keine Macht mehr hatte, man der letzten kaiserlichen Regierung und dem Armeeoberkommando nur noch die Liquidierung des Reiches und seiner bewaffneten Macht zugestehen wollte, war zu fragen, wer dem neuen Staatswesen Macht geben würde. Denn das Problem war wohl, dass Deutschösterreich nur dann eine Chance auf einen politischen Neubeginn hatte, wenn es auch die Macht besaß, die Beschlüsse der Provisorischen Nationalversammlung und deren gesetzgeberische Akte umzusetzen und ihnen Respekt zu verschaffen. Daher wurde schon am 30. Oktober 1918 mit dem Aufbau einer neuen militärischen Einrichtung, der Volkswehr, begonnen. Es ging ganz banal darum, dem neuen Staatswesen ein Minimum an Sicherheit zu garantieren, denn der Stadtkommandant von Wien, Feldmarschallleutnant Johann Ritter von Mossig, hatte nur mehr vier Kompanien zur Verfügung, also rund 500 Mann, mit denen sich weder Plünderungen noch Krawalle heimkehrender Soldaten verhindern ließen. Und erst recht nicht eine noch weitergehende Veränderung, eine bolschewistische Revolution. In Nieder- und Oberösterreich, Salzburg und vor allem Wien hatten sich Soldatenräte gebildet, die ganz eigene Vorstellungen von der Zukunft hatten.<sup>17</sup> Heimkehrende Soldaten wurden genötigt, auf ihren Kappen die kaiserlichen Farben gegen rote Kokarden auszutauschen. Gelegentlich wurden Offiziere ihre Distinktionen heruntergerissen. Rücksicht gab es keine. Der Durchzug der Heimkehrer dauerte rund drei Wochen.

Einige Tage hindurch befürchtete man im Staatsrat, dass die Regierung gestürzt werden könnte. Und Renner soll gesagt haben: »Wenn ich jetzt an einem Laternenpfahl vorbeikomme, habe ich immer ein etwas sonderbares Gefühl.«<sup>18</sup> Er sprach offen aus, dass die Koalition von Bürgern, Bauern und Arbeitern ein sehr fragiles Konstrukt war und seitens der Arbeiterschaft abgelehnt wurde.<sup>19</sup> Gleichzeitig hatte er Sorge wegen eines »contrarevolutionären Anschlags« und erreichte, dass der Staatsrat ihm eine Hauswache von 60 Mann bewilligte.<sup>20</sup> Es waren aber nur einige Radikale, die Gewalt anwenden wollten. Nicht zuletzt sie sollten mittels der Volkswehr diszipliniert werden. Die allermeisten und schließlich Zehntausenden Angehörigen der Volkswehr waren aber ohnedies zufrieden, wenigstens ein Dach über dem Kopf zu haben und der drückendsten Existenzsorgen ledig zu sein. Sie dachten nicht an Revolution. Die Volkswehr wurde denn auch in Kürze weit mehr eine soziale Einrichtung, als dass sie tatsächlich für militärische Einsätze heranzuziehen gewesen wäre.<sup>21</sup> Das wurde sehr rasch deutlich.

Anfang November begannen slowenische Truppen aus dem neuen südslawischen Staat der Slowenen, Kroaten und Serben (SHS) damit, die südlichen und teilweise



von Slowenen besiedelten Gebiete Kärntens sowie der Steiermark zu besetzen. In den meisten Ortschaften war man froh, dass irgendwer den Plünderungen Einhalt gebot. Man wollte keine Kämpfe und überließ den Slowenen das Gebiet südlich der Drau. Sie hätten sogar noch größere Gebiete besetzen können, verkannten aber ihre Chance.<sup>22</sup> Erst allmählich stießen sie auf den Widerstand lokaler Bürgerwehren. Ein bewaffneter Konflikt zeichnete sich ab. Die Volkswehr spielte dabei keine Rolle. Salzburg sowie Tirol bis zum Brenner waren vom 6. bis 11. November von bayerischen Truppen besetzt. Am 7. November begannen italienische Einheiten mit dem Vormarsch nach Norden, überschritten den Brenner und besetzten schließlich Innsbruck. Als Siegermacht war Italien dazu berechtigt. Wo die Grenzen im Norden und Osten verlaufen würden, war noch völlig ungewiss. Die Volkswehr konnte auch darauf keinen Einfluss nehmen.

Gewalt griff um sich. Statt dem Staat exekutive Gewalt zu geben und die Sicherheitsprobleme zu lösen, wurde die Volkswehr Teil der Probleme. Die idealistische Annahme, der neue Staat würde ohne Militär auskommen, wie sie u.a. vom letzten Generalstabschef der Isonzo-Armee, Oberst im Generalstab Theodor Körner, Edler von Siegreingen, vertreten wurde und in dem Reim »Ohne Waffen, ohne Pfaffen wird die Jugend sich die Zukunft schaffen«,<sup>23</sup> ihren Ausdruck fand, hielt der Realität der Nachkriegszeit nicht stand. Rote Garden und Soldatenräte waren immer wieder bereit, Gewalt einzusetzen. Und sie wollten nicht einfach zusehen, wie sich da sehr ordentlich und bedächtig, immer auf die Verwaltungsabläufe bedacht, Rechtskontinuität während und gewissermaßen legitim ein neuer Staat definierte. Jetzt, so glaubte eine Handvoll Radikaler, wäre der Augenblick gekommen, um wie in Russland Räte zu bilden und eine bolschewistische Revolution auszulösen. Auch Karl Renner war zunächst nicht sehr optimistisch, und als er gefragt wurde, ob man den Bolschewismus zu fürchten hätte, meinte er: »Der Bolschewismus wäre wenigstens organisierte Anarchie; wenn wir nur keine unorganisierte bekommen!« Tatsächlich wusste man ja noch immer nicht, was das eigentlich für ein Staat sein würde, ja nicht einmal der Name war unumstritten. Beide Teile des Wortes Deutschösterreich befriedigten nicht. Und als Befürchtungen laut wurden, die Siegermächte würden die Bezeichnung Österreich als Fingerzeig dafür nehmen, dass man diesem einzigen weiterbestehenden Österreich die ganze Kriegsschuld aufhalsen könnte – da war man mit dem Staatsnamen gar nicht mehr zufrieden. Dennoch wurde das Wort weiterverwendet, nicht zuletzt in der provisorischen Verfassung und im Gesetzesentwurf über die Staats- und Regierungsform, in dem festgelegt wurde, dass Deutschösterreich eine demokratische Republik sein sollte. Im § 2 hieß es: »Deutschösterreich ist Bestandteil der Deutschen Republik«.<sup>24</sup> Es wurde also nicht eine Absicht bekundet, sondern so getan, als ob das alles schon Gewissheit wäre. Lediglich ein Abgeordneter zögerte. Der Christlichsoziale Wilhelm Miklas hätte die Entscheidung über die Staatsform gern einer Volksabstimmung unterzogen. Doch es galt, den Minimalkonsens aufrecht zu erhalten. Also gab Miklas nach.



## 2 Die verhinderte Revolution